

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

3 (5.1.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musikstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M mit 90 3 ohne Zustellung. Einzelpreis 10 3. Samstags 15 3. - Anzeigen: die einspaltige Kolonelle 20 3. auswärts 25 3. Restanten 80 3. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöppin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C., sämtliche in Karlsruhe.

Das Experiment des Kabinetts ohne Koalition

Berlin, 3. Jan. (Mitt.) Nach den Besprechungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen hat der Reichstanzler dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache Bericht erstattet. Da nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer auf parlamentarischer Mehrheit beruhenden Regierung nicht möglich ist, hat der Reichspräsident den Reichstanzler Dr. Marx beauftragt, eine der parlamentarischen Wege tragende Reichsregierung zu bilden. Reichstanzler Dr. Marx hat den Auftrag angenommen.

Der Reichstag wird also die bisher noch akute Regierungskrise nicht mehr vorfinden. Der Reichstanzler will das Wagnis unternehmen und ein sogenanntes „überparteiliches Kabinett“ bilden, das sich in der Hauptsache aus den bisherigen Ministern zusammensetzt, ohne aber wie bisher eine feste Anlehnung an die Fraktionen zu suchen. So wird neben Herrn Stresemann u. v. Herr Dr. Brauns wiederkehren. Auch die übrigen Ministerien bleiben mit Ausnahme des Reichsinnenministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums wie bisher besetzt, jedoch Dr. Marx ausschließlich für den als Oberbürgermeister in Duisburg in Betracht kommenden Dr. Jarrés und den bisherigen Reichswirtschaftsminister Dr. Hamann Ersatz suchen muß. Außerdem soll er beabsichtigen, bei dieser Gelegenheit das Reichsjustizministerium zu besetzen. Vorläufig sind bestimmte Persönlichkeiten nicht in Aussicht genommen, aber es scheint, daß der überparteiliche Charakter des in Wirklichkeit parlamentarisch gebundenen Kabinetts nach außen dadurch zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die scheidenden Minister durch öffentlich unbestrittene Männer ersetzt werden. Mit der Suche nach diesen Persönlichkeiten hat es der Reichstanzler nicht eilig. Es erwartet, daß er vorläufig mit dem Kumpfabtritt vor dem Reichstag treten will und dort eine Regierungserklärung abgeben gedenkt, die sich in dem Rahmen der bisherigen Politik hält. Fraglich ist, ob diese Kumpfabregierung dann die Vertrauensfrage im positiven Sinne stellt, d. h. ob sie ein klares Vertrauensvotum verlangt oder ob sie sich mit einer Billigung ihrer Erklärung zufrieden gibt. Diese letzte Möglichkeit dürfte wahrscheinlich Wirklichkeit werden. Diese Wendung der Reichskrise läßt den Schluss zu, daß auch in Preußen vorläufig die jetzige Regierung bestehen bleibt. Nebenfalls beabsichtigt der preussische Ministerpräsident keinesfalls, am 5. Januar dem Landtag seine Demission zu überreichen. Er wird vielmehr nach der konstituierenden Sitzung des Preußenparlamentes mit den Führern der Koalitionsparteien Fühlung nehmen und um Aufschluß über ihre Auffassung zur Vertrauensfrage ersuchen. Der weitere Verlauf der Dinge wird sich aus diesen Erklärungen ergeben.

Die Reichspresse erklärt bereits jetzt, noch bevor die Regierung fertig ist, daß sich die Deutschnationalen „auf eine Regierung mit wechselnden Mehrheiten von links oder rechts keinesfalls einlassen“. So sagt z. B. die „Kreuzzeitung“: „Ein solches Kabinett im Reichstag muß die Beseitigung der Severing-Koalition in Preußen zur Voraussetzung haben. Denn ein derartig schwaches Kabinettsmitglied trägt zur Stärkung Severings in Preußen bei.“ Die Sozialdemokratie hat es nicht so eilig wie die Rechten. Solange die Regierung nicht endgültig gebildet ist und bevor wir insbesondere nicht den Mann kennen, der im Reichsministerium des Innern die Republik verteidigen soll, haben wir keinen Anlaß, unsern

Standpunkt zu äußern. Borerst mag die Feststellung genügen, daß sich die Sozialdemokratie keineswegs mit einer Regierung abfinden wird, deren Zusammenlegung und Politik im Widerspruch zu dem Wahlergebnis vom 7. Dezember steht. Bekanntlich haben die Reichstagswahlen einen Zuwachs von mehr als 2 1/2 Millionen Stimmen für die verfassungstreuen Parteien ergeben. Schon der Versuch, sich über diese Tatsache hinwegzusetzen, wird die Sozialdemokratie zu einer Kampfstellung veranlassen, die dem ihr am 7. Dezember genährten Vertrauen voll und ganz entspricht.

Berlin, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) In der heutigen Ausgabe des „Montag“ wird gemeldet, daß der Reichstanzler am Sonntag zwei den Deutschnationalen nahe stehende Persönlichkeiten empfangen und ihnen je ein Ministerium angeboten hat. Es soll sich um den Ministerialdirektor a. D. Neuhaus handeln, der angeblich das Wirtschaftsministerium übernehmen soll, und um den Vizepräsidenten von Arles, der als Innenminister in Aussicht genommen sei. Wir haben allen Anlaß, diese Information des „Lokalanzeiger-Blätters“ vorsichtiger nicht ernsthaft zu glauben. Richtig ist dagegen, daß der frühere Zultminister Dr. Emminger auch in dem überparteilichen Kabinett die Zultverwaltung übernehmen dürfte.

Heute Reichstagsöffnung

Heute Montag tritt der neue Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er dürfte sich am ersten Tage mit der Wahl des Alterspräsidenten und der Namenserklärung beschäftigen und wird wahrscheinlich erst nach einer kurzen Beratung die Wahl des Reichspräsidenten vornehmen. Das Zentrum und die Demokraten sowie ein Teil der Volkspartei sind bereit, den für die Präsidentschaft in Aussicht genommenen Kandidaten der Sozialdemokratie zu wählen. Damit dürfte die Wahl des Genossen Loebe als gesichert gelten.

Auch Zutritt des preussischen Landtags

Berlin, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Heute tritt neben dem Reichstag auch der preussische Landtag zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammen. Die preussische Regierung wird dem Landtag keine Demission einreichen, sondern zu der Vertrauensfrage überhaupt erst Stellung nehmen, nachdem der preussische Ministerpräsident mit den Führern der Koalitionsparteien Fühlung genommen hat. Inzwischen sagte die Fraktion der Volkspartei des preussischen Landtags folgenden Beschluß über ihre Haltung zur Regierungsbildung: Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Sonntag die politischen Fragen beraten und keine Veranlassung gefunden, ihren in ihrer ersten Sitzung am 18. Dezember 1924 vertretenen Standpunkt zu ändern, wonach sie ihre Politik im ersten Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion zu führen gewillt ist. Im Verlaufe der Debatte konnte wieder einmal die volle Einmütigkeit der Fraktion festgestellt werden.

In sich läßt dieser Beschluß alle Möglichkeiten zur Regierungsbildung in Preußen offen. Der „Montag“ ein Ableger des „Lokalanzeiger“ erklärt zu der Entscheidung der Volkspartei: Die Entscheidung der Deutschen Volkspartei läßt deutlich erkennen, daß die preussische Landtagsfraktion den gleichen Weg zu gehen beabsichtigt wie die Reichstagsfraktion, d. h. daß sie auf eine bürgerliche Regierung hinarbeitet. Die tatsächlichen Mittel werden in dieser Entscheidung im Einzelnen nicht genannt. Dies geschieht offensichtlich aus dem Bestreben heraus, auf andere Parteien, besonders auf das Zentrum, Rücksicht zu nehmen. Die volksparteilichen Führer im Landtag wollen im Laufe des Montag zumächst mit den Führern des Zentrums Rücksprache nehmen, ehe man an weitere Besprechungen herangeht. Es kann aber wohl davon erinnert werden, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei f. Z. die Gesamtdemission des Reichskabinetts herbeiführt hat, weil das Verbleiben volksparteilicher Minister in der Reichsregierung unmöglich geworden wäre. Man kann aufgrund der Entscheidung der volksparteilichen Preußenfraktion annehmen, daß die Dinge in Preußen jetzt den gleichen Weg gehen.

der deutschen Regierung eine zweite Note ausstellen, wenn der endgültige Bericht der internationalen Militärkontrollkommission vorliegt.

Die Einigungsverhandlungen in Sachsen

Dresden, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Am Sonntag nachmittag tagten in Dresden die Landesinstanzen der sächsischen Partei. Sie beschäftigten sich mit den vom Parteivorstand vorgelegten Einigungsvorschlägen. Diese Vorschläge wurden jedoch als unannehmend abgelehnt. Eine weitere Entscheidung richtete sich gegen die Personalpolitik des Kabinetts selbst und betraf überhaupt von einem „reaktionären und antirepublikanischen Zug“.

Der deutsch-französische Handelsvertrag

Paris, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, denen demnach, wie bereits gemeldet, eine kritische Wendung droht, sind in den letzten Tagen fortgesetzt worden. Die französische Delegation hat am Samstag der deutschen Gegenseite den Entwurf eines provisorischen Modus vivendi-Abkommens überreicht, das am 10. Januar bis zum Abschluß eines endgültigen Handelsvertrags in Kraft treten soll, und in 43 Artikeln ein Uebergangsregime vorsieht.

Reichstagsbeginn

Der zweite Reichstag der Deutschen Republik ist an seiner politischen Unfruchtbarkeit und an seiner Aktionsunfähigkeit zugrunde gegangen. Der dritte Reichstag, der heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt, beginnt mit der Aktionsunfähigkeit. Aus diesem neugewählten Reichstag heraus ist nicht einmal eine Regierungsbildung möglich. Deutschnationale und Volksparteiler wollen den Bürgerblock, den aber gegenwärtig das Zentrum nicht will; die Sozialdemokratie ist für die Weimarer Koalition, die jedoch das Zentrum nicht mitmacht; die Große Koalition, die das Zentrum mitmachen würde, bei einigermaßen tragbaren Verhältnissen auch die Sozialdemokratie, will die Volkspartei wieder nicht; Zentrum, Volkspartei und Demokraten lassen sich ebenfalls nicht zusammen vor einen Wagen spannen; auch der Gedanke, auf der Grundlage des Zentrums und der Volkspartei die Kabinettsbildung zu versuchen, scheint aufgegeben zu sein. Die Folge dieses politisch-parlamentarischen Trauerspiels wird wahrscheinlich ein „überparteiliches“ Kabinett sein, mit Herrn Marx an der Spitze und einigen, den Deutschnationalen genehmen Persönlichkeiten im Gefolge.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu einem solchen Kabinett wird von seiner Zusammensetzung und von dem abhängen, was ein solches Kabinett will und tut. Aber für unsern Teil möchten wir heute schon sagen, daß die Toleranz der Sozialdemokratie gegenüber einem „überparteilichen“ Kabinett nicht mehr eine solche weitherzige sein sollte, wie es schon der Fall gewesen ist. Die Sozialdemokratie ist bereit, mit der Verantwortung im Reich zu übernehmen; die Sozialdemokratie hat mehreren Kombinationen ihre Zustimmung gegeben, um eine den allgemeinen Interessen entsprechende Regierungsbildung zu ermöglichen. Ihr guter Wille ist bald bei der einen, bald bei einer anderen der bürgerlichen Parteien auf Ablehnung gestoßen. Es darf daher nicht eintreten, daß in spekulativer Hoffnung auf die wohlwollende Haltung der Sozialdemokratie unter der trügerischen Firma einer sogenannten überparteilichen Regierung, ausschließlich Politik gegen die Sozialdemokratie und gegen die erwerbstätigen Massen gemacht wird. Die vorhandene Bereitschaft der Sozialdemokratie, ein „überparteiliches“ Kabinett zu unterstützen, wenn die Taten des Kabinetts der Unterstützung wert sind, muß in konsequente Opposition umschlagen, falls die Handlungen dazu begründete Veranlassung geben.

Ausdrücklich sei auch hier mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir es für einen folgen schweren Fehler halten, daß es nicht gelungen ist, die Weimarer Koalition wieder herzustellen und mit einem aus ihr hervorgegangenen Kabinett den Reichstag vor die Entscheidung zu stellen. Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß ein Kabinett der Weimarer Koalition, das kraftvoll geführt und im Anschluß an die Wahlen aus entschlußfreudiger Initiative gebildet worden wäre, im neuen Reichstag eine Mehrheit erhalten hätte. Wenn alle drei Parteien der ehemaligen Weimarer Koalition in aktionsfreudiger Energie an die Bildung eines republikanisch-demokratischen Kabinetts gegangen wären, mußte die Wirkung weit über ihre eigenen Wählermassen hinaus eine sehr vorteilhafte sein. Sowohl in der Deutschen Volkspartei wie in den kleinen Parteien hätten sich die zur Mehrheit noch erforderlichen Stimmen gefunden. Setzt freilich würde der Versuch mit der Weimarer Koalition großen Schwierigkeiten begegnen, nachdem das Zentrum derart versagt hat hinsichtlich der Weimarer Koalition. Die drei Parteien der Weimarer Verfassung haben den ihnen aufgezwungenen Kampf geführt unter der Parole für die Erhaltung der bestehenden Staatsform, als der für Deutschland jetzt einzig möglichen. Und darum erwuchs allen drei Parteien aus dem Wahlkampf und aus dem Wahlergebnis die Pflicht, bei der Regierungsbildung führend zu handeln.

Ein solch gemeinsames und entschlossenes Vorgehen wäre eine wirkliche Tat im Interesse Deutschlands gewesen. Daß sie nicht möglich geworden ist, halten wir für folgen schwer. Die Verantwortung dafür trägt das Zentrum. Ist der neue Reichstag hinsichtlich der Regierungsbildung schon von der ersten Stunde an aktionsunfähig, so darf man gespannt sein, wie sich seine gesetzgeberische Tätigkeit gestalten wird. Ob das Spiel mit den wechselnden Mehrheiten längere Zeit mit Erfolg gespielt werden kann? Dem neuen Reichstag erwachen schon aus seiner viel zu großen Mandatszahl allerlei Gefahren, wie sich sehr bald herausstellen wird. Der neue Reichstag wird ein schwächerer parlamentarischer Apparat werden, eine Redemühle, die laut und viel klappert, aber, so fürchten wir, wenig und wahrscheinlich nicht allzu gutes Mehl liefern wird. Die Sozialdemokratie wird jeden ehrlichen Versuch, das Reichsparlament arbeitsfähig zu gestalten, nach Kräften unterstützen; einem unfrucht-

Heute Ueberweisung der alliierten Note

Paris, 4. Jan. Wie Savas aus Berlin berichtet, haben die alliierten Vorkämpfer heute vormittag den Text der Note bekommen, in der die Nichträumung der Kölner Zone angekündigt wird. Die Vorkämpfer sind heute nachmittag in der englischen Botschaft zu einer Beratung zusammengetreten. Die Ueberreichung der Note soll morgen, Montag, erfolgen. Der Text der Note wird am Dienstag vormittag gleichzeitig in allen alliierten Hauptstädten veröffentlicht werden.

Paris, 3. Jan. Savas meldet aus Brüssel: Bei Ueberreichung der Note an die deutsche Regierung am 5. L. in der die Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar notifiziert werde, werden die alliierten Regierungen der deutschen Regierung gleichzeitig zu wissen geben, daß sie später, das heißt nach Eingang des allgemeinen Berichts der Kontrollkommission, Deutschland eine zweite Note über die Entwaffnungsfrage Deutschlands überreichen werden.

Paris, 5. Jan. Wie Savas aus Berlin gemeldet wird, wird die Uebergabe der alliierten Note über die Kölner Zone heute mittag 12 1/2 Uhr erfolgen. Der englische Vorkämpfer wird dabei eine feierliche mündliche Erklärung abgeben. In der Mitteilung wird die Absicht der Mächte kundgegeben,

haren Reichstag muß sie den Kampf ansetzen und ihn auch durchführen.

Wahrscheinlich wird es notwendig werden, die Geschäftsordnung des Reichstags zu ändern. Ob die Kommunisten ihre ursprüngliche Absicht, schon die Eröffnung des Reichstags durch einen organisierten Aufruf einzuleiten, in die Praxis umsetzen werden, sei ruhig abgewartet. Geschieht es aber, dann muß der Reichstag, will er nicht zum Kinderespött werden, in unbeeinträchtiger Entschlossenheit dem Spieß ein Ende machen und dafür Sorge tragen, daß er sich nicht wiederholen kann.

Der Sozialdemokratie werden im neuen Reichstage außerordentlich schwere Aufgaben erwischen. Ihre Stellung ist unter den gegebenen Verhältnissen wahrlich keine leichte. Die Sozialdemokratie wird auch an die Erfüllung der bevorstehenden Aufgaben herangeführt im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die jede große Partei, die überhaupt jede Partei und jeder Abgeordnete gegenüber dem Staat und dem gesamten Volke zu tragen hat.

Vom neuen Reichstag ist mehr zu fürchten als von ihm Gutes zu erwarten steht. Die gesetzgeberischen Arbeiten, die seiner auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiete haren, werden das leider beweisen. Die Tätigkeit des neuen Reichstags wird auch im günstigsten Falle gerade den Arbeitern zeigen, wie taufes die politische Führung und der organisatorische Ausbau betrieben werden muß, wie gemeiniglich Gleichgültigkeit und Lauheit sind.

In der Angelegenheit der Preussischen Staatsbank

hat die Staatsanwaltschaft weitere Verhaftungen vorgenommen. Sie erstreckten sich im großen und ganzen auf Personen, die untergeordnete Stellen bekleiden. Es ist wohl auch mit deren baldiger Freilassung zu rechnen. Man kann den Eindruck nicht los werden, daß die Staatsanwaltschaft die ganze Aktion mit reichlichem Tamtam ins Leben stellt. Ob das der Ermittlung der ganzen Angelegenheit förderlich ist, dürfte zu bezweifeln sein. Wie sind der Auffassung, daß die Staatsanwaltschaft, die bisher eine präzis und genaue Unterrichtung der Öffentlichkeit abgibt, nun zu willig auf das von gewissen Kreisen angebotene Material eingeht, die das Bestehen haben, die ganze Angelegenheit zu einer Angelegenheit verschiedener politischer Parteien zu machen.

Es ist bekannt, daß die Kreditverwaltung der Seehandlung im engen Zusammenhang mit gewissen Hemmungen steht, die die Geschäftstätigkeit der Staatsbank im Verlaufe des vorigen Jahres gefehlet hatte. Wenn die augenblicklich bestehende Angelegenheit eine politische Seite hat, dann liegt sie eben in der notwendigen Feststellung, wie weit die verhafteten Beamten der Staatsbank in dieser Richtung tätig waren. Das Leute wie Kautler usw. als Kaufleute Geld nahmen, wo sie es bekommen konnten, und mehr auf Geld als auf korrekter Dedung sahen, ist selbstverständlich. Ähnliches könnte man andern Firmen wie dem Sines-Konzern auch nachweisen.

Dafür handelt es sich eben um Leute, die die Seehandlung hätten kennen müssen, wie andere Leute sie kannten. Das aber die Seehandlung aus irgendwelchen Motiven heraus den Kreditnehmern in einem Maße entgegenkam, das eben der Staatsanwaltschaft Grund zu seinen gegenwärtigen Ermittlungen gab, beweist am schlagendsten, daß wir es bei dem jetzt aufgedeckten Panama mit einer Affäre der preussischen Staatsbank zu tun haben. Der gegenwärtige Präsident Dr. Schröder erwidert sich damit, daß er nicht Präsident war, als die Kredite gegeben wurden, während der volksparteiliche Finanzminister v. Richter und der frühere Staatsbankpräsident v. Dombois behaupten, von diesen Krediten völlig überrascht worden zu sein. Uns sind diese Erklärungen unbeeindruckt! Die finanzielle Lage nach der Einführung der Rentenmark war doch so, daß von den führenden und überwachenden Stellen der Staatsbank doppelte Kontrolle nötig war und im Falle des Präsidenten Schröder, wenn die Kredite auch nicht zu seiner Zeit gegeben worden sind, sie doch immerhin liefen. Vergleichlich man damit das Vorgehen gegen den Präsidenten der Thüringischen Staatsbank, den Sozialdemokraten Koch, so muß man die Haltung der Staatsanwaltschaft gegenüber den genannten Personen immerhin sehr maßvoll nennen.

Berlin, 3. Jan. Eine bisher noch unbekannte Zeitungskorrespondenz berichtet zum Fall Kautler-Vormat eine Meldung, Reichspräsident Ebert habe Vormat durch Empfehlung Warmeladeinsfuhr aus Holland verschafft und in dem angeführten Privatbüro des Reichspräsidenten seien im Jahre 1919 mit Vormat monopolartige Verträge über die Einfuhr von Ketten unter Befreiung des Prozentsatzes für die sozialdemokratische Partei abgeschlossen worden.

Diese Mitteilung ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, frei erfunden. Weder hat der Reichspräsident einem Herrn Vormat jemals eine Empfehlung für die Erlangung der Warmeladeinsfuhr ausgestellt, noch sind in einem Privatbüro des Reichspräsidenten (ein solches existiert niemals) oder im Büro des Reichspräsidenten mit Vormat irgendwelche Verträge abgeschlossen oder Abmachungen getroffen worden.

Reichspräsident Ebert im Kampf wider Lüge und Verleumdung

Von Dr. A. Kuntze, Tübingen

Das Magdeburger Urteil, das an sich schon schändlich genug durch seine Begründung noch ein auf die schändliche Art und Weise, hat die ganze Welt aufhorchen lassen und im In- und Ausland die Frage aufgeworfen: Wie war so etwas überhaupt möglich? Wie konnte es im sechsten Jahre der deutschen Republik geschehen, daß irgend ein zerbettendes Schöpfungsgeschicht angeblich gegen einen höchst abstrusen Versuch verhandelte, in Wahrheit jedoch sich vermah, mit Hilfe gekaufter Subjekte Ehre und Ruf des obersten Repräsentanten der Republik anzutasten? Wozu diese Aufmachung und dieser Apparat? Ein Blick in die rechtsstehende und jenen. neutrale Presse gibt die Antwort: Der Magdeburger Prozeß stellt die erste Etappe im Kampf gegen die immerhin mögliche Wiederwahl Eberts zum Reichspräsidenten dar. Nur noch wenige Monate trennen uns vom Wahltermin; also gilt es, mit erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Person des Reichspräsidenten Sturm zu laufen. Helf, was helfen mag!

Wer über dieses uralte Motiv des Prozesses noch irgendeine im Zweifel war, den hat die schändliche Art und Weise, wie in gewissen Blättern darüber berichtet wurde, längst eines besseren belehrt. Der fälschliche Zusammenbruch der sogenannten Beschlusssengen wurde geflissentlich verschwiegen — das hat sogar ein volksparteiliche Reichstagsabgeordneter schäufelhaft für nötig gehalten. Ein ausgemachter Schurke wie der „Zeuge“ Göbert wird vom „Magdeburger Tagblatt“ ein schlichter Mann aus dem Volk“ genannt und kommt in der Berichterstattung ausführlich zu Wort. Dafür unterschlägt beispielsweise die „Preussische Zeitung“ den ihr vom Wolff-Büro übermittelten Satz, wo von Eberts zwei gefallenen Söhnen die Rede ist, und alle jene Stellen, wo der damalige Abg. Ebert seinen Standpunkt der Notwendigkeit der Landesverleumdung betont. Das von einer solchen moralischen Verleumdung der deutschen nationalen Presse alle anständig denkenden Menschen weit abdrillen, versteht sich von selbst. Aber die abgemieteten Kumpanen sind für die Reichspolitiker Ehrenmänner, sofern sie nur Waffen gegen den ihnen verhassten Reichspräsidenten liefern.

Auch die jenen „neutrale“ Presse stimmt in diese Weisen der Verleumdung mitunter kräftig ein. Das „Karlshorner Tagblatt“ hat in seinen Berichten mit wahrer Wonne alle Stellen fett oder geperrt gedruckt, die aus dem Zusammenhang gerissen, und entsprechend aufgeführt, den Reichspräsidenten irgendeine in unangenehm nicht erscheinen ließen. Die Heberchrift am 10. Dezember — um nur eines herauszugreifen — verkündete fett: „Ebert im Jahre 1918: Greif, verflucht im Bericht selbst hält es die Redaktion obermals für nötig, die betreffenden Stellen in der Ausgabe des „Zeugen“ Eyrid einzurücken und durch Fettdruck hervorzuheben.

Gegen eine solche Schulterspolitik der angeblich neutralen in Wahrheit aber antirepublikanischen und antidemokratischen Presse haben sich glücklicherweise nicht nur Zeitungen und Blätter der drei Koalitionsparteien, sondern auch volksparteiliche Blätter wie die „Königliche Zeitung“ und Männer wie der volksparteiliche Professor der Rechtswissenschaft Dr. Kahl in Berlin erklärt. Wenn gerade letztere dem Reichspräsidenten mit dem ihn gewiß liebender Gemeinschaft der politischen oder religiösen Anschauung verknüpft, nachträglich, er habe „seine Vaterlandstreue durch verächtlich heillosen Döner deuseut, und seine bejammernswürdige Bittigkeit bis zum letzten erfüllt, so stimmt das schon wesentlich anders als die armenischen Verleumdungsstücke und Andeutungen von Leuten, denen jede Gelegenheit gut genug scheint, dem politischen Gegner eines anzuhängen.

Der Spruch des Gerichts selbst kann nicht übersehen werden. In dem Urteil ist schon gesprochen, könnte niemand behaupten. Richter des Freistaates, die es unternehmen, das Oberhaupt des Staates rüddlings infamieren zu wollen, in kamieren sich selbst“, hat Landesgerichtsdirektor Kroner in der „Post. 31.“ geschrieben und damit seinen Magdeburger Kollegen befehlen, daß „unser Richterstand längst nicht mehr auf seiner alten fowerdigen Höhe steht“. Diese jämmerliche Verleumdungsbereiter, hinter deren unglücklichen formalistischen juristischen Schläfen ein kaum verblühter Keim liegt, daß gegen die Republik und ihren Repräsentanten sich verkehrt, läßt tatsächlich — nicht zum erstenmal — den Gedanken aufkommen, die Unabsetzbarkeit der Richter zeitweilig aufzuheben. Was die französische Republik Anfangs der achtziger Jahre — sicherlich nur schweren Herzens — tat, um in ihrem Kampfe mit den monarchistischen Paragrafenhütern hinter dem Rücken zu werden, das wird schließlich auch der deutschen Republik noch einmal nicht erspart bleiben. Wer aus der Geschichte weiß, weiß bestimmte Wirkung die bloße Verleumdung dieser außerordentlichen Maßnahme in Frankreich seinerzeit ausgeübt hat, und wer sich noch der schicksalsschweren Tage nach Rathenau's Ermordung erinnert, wo die gleiche Frage ernsthaft debattiert wurde, der wird angedächts des neuesten Streiches der Frau Justitia in Magdeburg keinen Zweifel daran hegen, daß über kurz oder lang, auch wenn durch alle Bürokratenwölfe ins Wackeln geraten mögen, eine solche Maßnahme sehr wohl erwohnen werden muß.

Es ist die Magdeburger Schande nicht allein, die dazu aufmuntert, „Auslese unter den Juristen der Republik zu halten“, wie unlängst eine nichtsozialistische Zeitung schrieb. Man braucht nur an das amstetel Maß zu denken, womit gegen links und rechts gemessen wird, an die geringen Geldstrafen, mit denen Belidsamann linksstehender Politiker (Secorina) geahndet werden, und das rigorose Vorgehen, wie es gegenüber Kommunisten oder selbst Demokraten und Sozialdemokraten von den Gerichten der deutschen Republik befohlen wird. Unsurroge Gütmütigkeit ist hier weiß Gott nicht am Platz, weil die Grenze, wo sie in Schlappheit übergeht, nur zu leicht überschritten werden kann.

Der Mann aber, der heute an der Spitze der deutschen Republik steht und dem der fanatische Haß aller herer gilt, die um verlorene Vorteile jammern, hat es nicht nötig, solche Fanfaren abzumachen. Der wahrhaft vaterländische Geist, den sein Brief an den Saab draußen atmet, die Worte Hindenburgs, der ihm in seinem Wirken fürs Vaterland alle Unterstützung zulaßt, nicht zuletzt der Umstand, daß Präsident Ebert einer der Wenigen ist, die nach dem Zusammenbruch dem deutschen Volk wieder etwas Lichtung in der Welt erworben haben, das alles und noch vieles andere weist schwerer als die boshafte Verunglimpfungen bewußter und unbewußter Berufsdenunzianten. Jeden Deutschen, der noch Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, erfüllt eine Gerührung darüber, daß dieser einfache Mann, dem an der Wiege wahrlich nichts von solchem Aufstiege geklungen ward, sein Amt mit einer Klugheit und Würde geführt hat, die so manches gekrönte Haupt beschämt. Wenn ein „Landesverleuder“ so aussieht, dann darf das deutsche Volk auf diesen Landesverleuder stolz sein und sich nur wünschen, recht viele solcher Männer sein einen zu nennen.

Keine Experimente

Unter der Überschrift „Keine Experimente“ wendet sich die „Königliche Volkszeitung“ gegen die von der Deutschen Volkspartei alsbald nach dem Wahltag angekündigten Entwürfe, die sich mit der Reichsfrage und dem Artikel 18 der Reichsverfassung beschäftigen. Die „Königliche Volkszeitung“ erinnert daran, daß der Artikel 18 ein Kompromiß war, der die endgültige Lösung der durch die Katastrophe des Bismarckschen Baues aufgeworfene Frage nach dem inneren Aufbau des Reiches aus den Schwierigkeiten der natollen Gegenwart ausschaltete und einer späteren Klärung und Entwicklung übertrug. Das Blatt befreit, daß es gegenwärtig überhaupt möglich wäre, die durch Artikel 18 offenehaltene Möglichkeit, Wünsche und Forderungen großer Teile unseres Volkes auf einem verfassungsmäßig geordneten Wege zur Klärung und Befriedigung zu bringen, ohne dadurch die Gesamtheit der Probleme aufs neue, und zwar in schärferer und gefahrvollerer Form, aufzurollen. Dieser Artikel 18 — so schreibt das Blatt mündlich — mag seine ideale Lösung darstellen, aber er bedeutet uns vor allem die verfassungsmäßige Anerkennung, daß mit der kleindeutschen Lösung von 1866 nicht alle Dinge und aller politische Weisheit letzter Schluss aedeben ist, daß vielmehr die neue Lage unseres Volkes und der berechtigten Drang nach wirklicher Einheit auch mit denen, die heute gegenwärtig Nachanspruch draußen stehen läßt, die großdeutsche Frage aufs neue aufzurollen hat und einmal zur Lösung führen muß. Hätte man von Artikel 18, Hätte man von Trisäpeln verfassungspolitische Probleme, die noch lange nicht reif sind.

Kommunistische Silberverküferei

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: Die Kommunistische Partei des Saargebietes ist bekanntlich als Folge der Ausschüsse, die die Zentrale von oben verflut hat, in zwei Teile auseinandergefallen. Die Zahl der Ausschüsse ist in der Tat inzwischen größer geworden als die der Getreuen der Zentrale. Wie es in der Partei des Saargebietes zugeht, zeigt eine Verammlung, die am vergangenen Mittwoch in Anwesenheit eines Vertreters der Ludwigsbafener Bezirksleitung in der kommunistischen Hochburg des Saargebietes, in Ludweiler, stattfand. Diese Parteiverammlung ariete in einer weiten Silberverküferei aus, indem es wußigen der Opposition, die sich um die Ausschüsse gruppiert, und der Bezirksleitung mit ihren Anhängern zu einer großen Schlägerei kam. Der Vertreter der Bezirksleitung und die Führer der kommunistischen Partei des Saargebietes sind dabei so verprügelt worden, daß sie im Krankenhaus aufgenommen werden mußten. Auch sechs Revolverkugeln wurden in der Verammlung abgegeben, durch die einige Frauen, zum Glück ungeschädlich, verletzt wurden.

Interkommunale Verkehrsstraßen

Die Entwicklung des Automobilwesens bringt in letzter Zeit eine vollständige Veränderung unserer ganzen Verkehrsverhältnisse mit sich. Kernstück kommt das darin zum Ausdruck, daß alle deutschen Großstädte dazu übergehen, durch Erlass von Verkehrsverbänden der wachsenden Schwierigkeiten des großstädtischen Verkehrs Herr zu werden. Die Verkehrsverbände, die Straßenbahnen, Autobusse und Untergrundbahnen, bewältigen zwar immer noch über 90 Prozent des eigentlichen Verkehrs und an diesen Zahlen wird sich auch in absehbarer Zeit kaum etwas ändern. Die Schwierigkeiten entstehen aber dadurch, daß die Straßen viel mehr als früher von Privat- und Lastautos benutzt werden. Diese Entwicklung bedeutet zugleich eine lebhaftere Konkurrenz für die Eisenbahn, deren Rolle als Hauptverkehrsvermittlung im interstadialen Verkehr, namentlich in großen Industriestädten, gegenüber den Lastautos herab sinkt.

Die Folge dieser Entwicklung ist, daß in den großen Industriegebieten, zunächst in Rheinland-Westfalen, sehr bald auch in Sachsen und zwischen den Großstädten, der Landstrassenbau eine ganz andere Bedeutung gewinnt als vorher. Schon vor dem Kriege begann die Entwicklung, in der die Provinzen und Kreise sich wieder erneut dem Straßenbau zuwenden. Das künftige Tempo, das aber jetzt der Automobilverkehr in Deutschland aufweist, gewinnt dazu, ganz neue Wege zu gehen. Auf der Zogebordnung der nächsten Jahre wird für einen großen Teil der deutschen Gemeinden und Städte die Frage stehen, ob für den Automobilverkehr Spezialstraßen, gemäßigten Land- und Verkehrsstraßen erster Ordnung, geschaffen werden müssen. Vorbildlich ist hierfür Amerika, dessen jährliche Ausgaben für Spezialautomobilstraßen heute bereits in hunderte von Millionen Dollars gehen, nach deutschem Geld also Milliardenbeträge ausmachen. Es ist eine der dringendsten Aufgaben der deutschen Kommunalpolitik, ein planmäßiges Vorgehen aller Selbstverwaltungsorgane in dieser Frage möglichst frühzeitig herbeizuführen und die finanziellen Vorfragen dafür zu lösen.

Amerika finanziert diese Straßenbauten ausschließlich aus besonderen Abgaben, die auf die Automobile gelegt werden und die nur für den Straßenbau verwendet werden dürfen. Maßgeblich wird auch Deutschland einen ähnlichen Weg gehen müssen. Es wird sich dabei sehr bald herausstellen, daß ein zusammenhängendes großer Gemeinden und Städte mit den Kreisen und auch Provinzialverwaltungen unbedingt notwendig ist. In Industriegebieten wird die jetzt schon starke und gesunde Eingemeindungstendenz durch diese neue Aufgabenstellung eine weitere Stärkung erhalten. Besonders wie die Gemeinden sich auf dem Gebiete der Ferngasversorgung und für die Elektrifizierung zusammenzuschließen, wird man auch für den Straßenbau Zweckgemeinschaften bilden müssen.

Diese Entwicklung ist unermesslich, wenn Deutschland seine Konkurrenzfähigkeit als Industrieland aufrechterhalten will. Die Sozialdemokratie wird deshalb überall an der Durchführung dieser Aufgaben intensiv mitarbeiten müssen. Sie wird ein um so höheres Interesse für diese Dinge entwickeln, als damit zugleich bei energigenen Zusätzen auch Erledigungs- und Wohnungsfragen in einem für die Arbeiterklasse günstigen Sinne beeinflusst werden können. Für lange Zeit gibt es in Deutschland nur den Wohnungsbau aus staatlichen und gemeindlichen Mitteln und unter staatlichem und gemeindlichen Einfluß auf Art und Ort der Wohnbauten. Bei der Projektierung neuer Verkehrsstraßen für den Automobilverkehr werden diese Dinge in den Industriebezirken aufgeweckt werden können. Auch diese Entwicklung wird dazu beitragen, daß die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Parteien, die das Tätigkeitsgebiet der Gemeinde immer wieder einschränken wollen, sich nicht durchzusetzen vermag.

Soziales

Die Leistungen der Volksfürsorge

Die seit Einführung der Rentenversicherung an die Hinterbliebenen der verstorbenen Beschäftigten ausgezahlten Summen sind im Oktober auf den Betrag von 588 496,21 Mark anwachsen.

Aus dem Freistaat Baden Nationalistischer Angriff auf den Staatspräsidenten

Beim Neujahrsempfang hat der derzeitige badische Staatspräsident, Herr Dr. Hellpach, eine politisch klug und tatkraftvoll abgemessene, von republikanischen und demokratischen Empfindungen getragene Ansprache gehalten. Es war vorauszusetzen, daß er bewegend von dem Organ für nationalpolitische Volks- und Völkerverberung, dem „Karlsruher Tagblatt“ angegriffen werden wird. Jeder sichtbare Beweis für politische Einsicht und für republikanisch-demokratische Auffassung, bringt das Organ für die deutsche Kommunistenpolitik in Karlsruhe. Herrn Dr. Hellpach wird vorgeworfen, er habe am Neujahrstage weniger als Staatspräsident, vielmehr als Parteimann gesprochen. Soll der Demokrat und Republikaner Hellpach seine demokratische und republikanische Überzeugung in einer offiziellen Rede etwa darum verleugnen, damit er in einem Walle, das das militärisch-monarchistische staatsführende Treiben täglich begünstigt, eine gute Note erhält? Das wäre uns ein schöner Demokrat und Republikaner. Und ganz selbstverständlich ist es, daß bei jedem christlichen Mann in einer politischen Rede auch die Auffassung zum Ausdruck kommt, die er sich in politischen Fragen gebildet hat. Ein Monarchist als Staatspräsident wird naturgemäß monarchistische Gedankengänge bei einer solchen Gelegenheit zum Ausdruck bringen, ein Demokrat und Republikaner demokratisch-republikanische. Es ist planlos Unfug und außerdem widerliche Heuchelei, von einer politischen Persönlichkeit verlangen zu wollen, sie müsse in einer politischen Rede bei einem politisch-republikanischen Anlaß verleugnen, was sie ist. Herr Dr. Hellpach hat das nicht getan und das war richtig gebandelt. Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland vielfach darunter zu leiden gehabt, daß aus gut gemeinter Rücksichtnahme manche Vertreter der republikanischen Demokratie glaubten, bei offiziellen Gelegenheiten nach dem Liebe handeln zu müssen: „Nur stille, nur stille, und kein Geräusch gemacht.“

Das „Karlsruher Tagblatt“ hat aber in der Rede des Staatspräsidenten ein noch größeres „Vergehen“ entdeckt: Herr Dr. Hellpach hat es nämlich unterlassen, über das Vorgehen der Entente in der Frage der Räumung der Rheinzone seine eigene Ansicht zu äußern, wie sie unsere Nationalisten zu hören wünschen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler werden Herrn Dr. Hellpach, zu dem Zweck der Hehe gegen ihn, als Muster vorgehalten. Sowohl der Reichspräsident wie der Reichskanzler waren die amtlich dazu berechtigten Männer, die in einer politischen Ansprache die Räumungsfrage kritisch behandeln mußten. Wenn diese beiden Männer, die eine als der Repräsentant des Reichs, der andere als der für die Führung der Reichspolitik verantwortliche Staatsmann gegen eine gegen das Reich und das gesamte deutsche Volk gerichteten Maßregel der Entente scharf Einspruch erhoben, so war das richtig, notwendig, also geboten. Der badische Staatspräsident wird in seiner Beurteilung des Vorgehens der Entente sich nicht im geringsten vom Reichspräsidenten und Reichskanzler unterscheiden, aber wenn er in gebotener Zurückhaltung sich äußert hat, so war das politisch und taktisch klug gebandelt. Wenn ausgerechnet das „Karlsruher Tagblatt“ glaubt, schäufeln zu können, das badische Volk siehe in diesem Falle nicht hinter dem Staatspräsidenten, so ist das eine dumme, freche Aufschneidererei. Die überwältigende Mehrheit des badischen Volkes steht nicht hinter den Parteien und Tendenzen, die durch das „K. T.“ vertreten werden, und diese Volksmehrheit weiß abgemessenes politisches Handeln der für die badische Politik verantwortlichen Männer verständnisvoll zu beurteilen. Im übrigen: wenn, was hoffentlich niemals wieder eintritt, Karlsruhe plötzlich wieder vor die Gefahr der Besetzung gestellt werden würde, verstimmt das nationalpolitische Heerlager in der Rittersstraße ebenso plötzlich, wie wir es ja schon erlebt haben. Es dürfte ja noch in Erinnerung sein, wie kleinlaut das „K. T.“ und die „Badische Presse“ innerhalb weniger Stunden geworden sind, als im Kampfe vorübergehend die Befehle der badischen Landesoberbehörde befürchtet worden ist. Rest, wo momentan keine Gefahr droht, wird das Mundwerk wieder sperrangelweit aufgerissen gegen Frankreich.

Der Schwärmer für den Bürgerblut in Baden

Der geschäftstüchtige Chefredakteur Schneider von der „Badischen Presse“, erhält von dem Zentrumsorgan in Konstanz, der „Deutschen Wodenzeitung“, einen wohlbedachten politischen Ratenscheit. In einer, übrigens für die Stellungnahme des Zentrums zu den badischen Fragen beachtlichen Rundschreiben des Zentrums wird hinsichtlich der Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei (Fraktion Weber des badischen Landtages) gesagt:

Der Chef-Redakteur Schneider hat die Sache so plump und tollkühn angefaßt, daß nur ein großes Baden durch die Reden der politischen Führer Baden ging. Der Mann, welcher im „Samen Kurier“ zum Kampf gegen das Zentrum und zur Bildung eines Bürgerbluts in Baden aufgerufen hat, eignet sich recht wenig zum Verhandlungsführer mit dem Zentrum.

So gehts, wenn man lebhaft im Streikmännchen Auftrag einmal in badischer Politik machen will, und im übrigen nichts davon versteht. Das ist ja das Typische im liberalen Wälderwald der badischen Landeshaushalts, daß sowohl Schneider wie v. Laer vom „Karlsruher Tagblatt“ ausschließlich auf deutsche Politik eingestellt sind und sich anmaßen, große Blätter in Baden redigieren zu können. Jedenfalls hat sich die Fraktion Weber selbst den schlechtesten Dienst erwiesen, als sie einen Schneider beauftragte, ihre Vereinnahmung, in die badische Regierung einzutreten, aufs neue zu betonen.

Fort mit dem Unfug von Daß und Bisum

Von Dr. A. Kuchemüller-Triberg
Die unübersehbare Materie, die das Schreckgespenst der Wälder mit ihren vielen Kullen um Deutschland aufgeschreckt hatte, ist seit der Schaffung und Stabilisierung der Renten- und Reichsrente glücklicherweise wieder eingestiegen worden. Seit dem letzten Frühling hat der internationale Reiseverkehr langsam zugenommen und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird der kommende Sommer einen weiteren Aufstieg in dieser Richtung bringen. Leider hat man bei allem sonstigen „Abbau“ der letzten, einige der lästigsten Kriegserzeugnisse „abzubauen“, und insbesondere bis heute dem internationalen Verkehr Kesseln beizugeben, ohne deren Beseitigung er niemals zum vollen Aufblühen werden könnte. Der Daß- und Bisumzwang ist bis heute

aufrechterhalten geblieben, und keine Macht der Welt hat es bislang in Deutschland fertiggebracht, das Scheusal in die Volksschlucht zu werfen und uns von diesem Erzeugnis endgültig bürokratischen Geistes endlich zu befreien.

Man braucht gar nicht erst in die Vorkriegszeit zurückzugehen, um nachzuweisen, daß es auch ohne solche Scherereien geht. Obgleich, damals benötigte man eines Rufes in Mitteleuropa überhaupt nicht und eines Rufes höchstens auf Reisen nach der Türkei. Der unglückselige Krieg ließ den großen internationalen Verkehr gänzlich einbrechen, und man kann es schließlich bezeugen, daß nach einem solchen furchtbaren Ereignis nicht gleich wieder der alte Zustand gegenseitigen Vertrauens und Verkehrs wiederhergestellt war. Immerhin, die Anfänge sind auch hier längst wieder gemacht, leider nur nicht in Deutschland.

Unsere schweizerische Nachbarrrepublik, die für Auslandsreisen Deutscher mit einer ersten Stelle steht, hat es beispielsweise verstanden, mit einer ganzen Reihe fremder Länder die Aufhebung des Rufes zu vereinbaren: Reisende aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland, Skandinavien, Spanien, ja sogar aus Amerika, China und Japan, die in die Schweiz fahren, brauchen ihren Daß nicht mehr bitten zu lassen, und umgekehrt natürlich desgleichen. Damit sparen sie unendliche Schilfen, Zeitverluste und Kosten, was auf die Reisenden und den Verkehr zweifellos von großem fördernden Einfluß ist. Warum geht es dort und warum nicht auch im Verkehr mit Bürokritikern nicht, wenn die Götter und St. Bürokritikern heute liegen, bedeutet der Rufzwang auf beiden Seiten nur noch eine Gebührenerlei, verbunden mit recht viel Ärger für den Reisenden. Alle anderen Gründe, die sonst noch offiziell und offiziös dafür ins Feld geführt werden, sind Vorwände. Spitzbüben und Schieber kommen auch so herein und heraus, das hat die Kriegs- und Nachkriegszeit zur Genüge bewiesen. Aber die Konsulate haben durch die Einführung des Rufes allenfalls eine geldbringende Nebenbeschäftigung bekommen, die sich mehr als bezahlt macht und die „man“ deshalb solange als möglich beibehalten will. Ob darunter der internationale Verkehr leidet, ob Ein- und Ausfuhr dadurch nicht hochkommen kann, das ist der heiligen Bürokritikern nicht; er würde auch eine dingeisige Materie um Deutschland gutgehen, wenn sie nur Geld brächte.

So wie die Verhältnisse heute liegen, bedeutet der Rufzwang auf beiden Seiten nur noch eine Gebührenerlei, verbunden mit recht viel Ärger für den Reisenden. Alle anderen Gründe, die sonst noch offiziell und offiziös dafür ins Feld geführt werden, sind Vorwände. Spitzbüben und Schieber kommen auch so herein und heraus, das hat die Kriegs- und Nachkriegszeit zur Genüge bewiesen. Aber die Konsulate haben durch die Einführung des Rufes allenfalls eine geldbringende Nebenbeschäftigung bekommen, die sich mehr als bezahlt macht und die „man“ deshalb solange als möglich beibehalten will. Ob darunter der internationale Verkehr leidet, ob Ein- und Ausfuhr dadurch nicht hochkommen kann, das ist der heiligen Bürokritikern nicht; er würde auch eine dingeisige Materie um Deutschland gutgehen, wenn sie nur Geld brächte.

Seit Baden und Württemberg die fünfjährige Sommerferienplan herantreiben, finden in- und außerhals Deutschlands Konferenzen statt, die den im Sommer zu erwartenden gesteigerten Verkehr zu bedienen suchen. Große internationale Schnellzüge mit durchlaufenden Wagen Berlin-Rom, Amsterdam-Genua, Paris-Budapest, werden durch unser heidisches Land fahren. Was nützen all diese Verkehrsvereinfachungen, wenn alle Verkehrsvereinfachungen auf der einen Seite bestehen bleiben? Was nützen die Wagenführer an den durchlaufenden Wagen, wenn die Reisenden an der Grenze trotzdem aussteigen und in irgendeinem Bretterverbot Daß und Bisum drüben lassen müssen? Ist die Bürokratie wirklich stärker als Wirtschaft und Verkehr?

Ein kleiner, ganz kleiner Anfang wird in diesen Tagen gemacht: Mit Neujahr fällt der sogenannte Unbedenklichkeitsvermerk, der bislang vom Finanzamt ausgestellt werden mußte. Dieser Fortschritt soll jedoch nicht verfeinert werden, aber er bedeutet doch nur einen bescheidenen Anfang. Wird man auf dem also begangenen Weg nun auch fortfahren und dem Bisum gütliche gehen, um später auch den Rufzwang wieder abzubauen?

Es wird Sache der Verkehrsvereine, Handelskammern und aller Wirtschaftskreise sein, bei jeder Gelegenheit die Befreiung des Daß- und Bisumzwangs zu fordern, wie dies auch bisher schon geschehen ist. Steier Truppen heißt den Stein. Wenn das Verlangen darnach immer wieder gestellt wird, dann werden wir den ganzen Unfug - wollen wir anderen Ländern gegenüber nicht völlig ins Hintertreffen geraten - hoffentlich recht bald loswerden. Daß und Bisum sind Unfug und Unfug geworden; also fort damit!

Gemeindepolitik

Das nennt man Entkommunifizierung

Die letzte Bezirksversammlung des Bezirks Schönbergs-Friedenau verhandelte über die Veranlassung der Müllverbrennungsanstalt an eine Privatgesellschaft, und zwar der „Müll“ auf 30 Jahre. Wohl selten ist ein Vertrag so leichtfertig aufgestellt als wie der zwischen der Müllverbrennungs- und dem Bezirksamt Schönberg. Das kommunale Bezirksamt hat ganz vergessen, in den Vertrag das Sinecurebringen, wozu es so häufig und so gern spricht, die wohnortbezogene Rechte. In der hiesigen Müllabfuhr sind eine ganze Anzahl von hiesigen Arbeitern beschäftigt, die sehr zahlreich und weit darüber bei der Gemeinde angestellt sind und denen auf Grund ihrer Mantelrechte auf Ruhegehälter und Witwenversorgung zu sehen. Nicht einmal diese wohnortbezogenen Rechte sollen den Arbeitern gewahrt bleiben, die Gesellschaft hat nur die Verpflichtung, die Arbeiter und Angestellten zu übernehmen. Eine Sicherung dafür, daß sie nie ohne weiteres entlassen kann, ist in dem Vertrag nicht vorgesehen.

Die Stadt Schönberg hat nach diesem Vertrag den ganzen Automobilmarkt sowie alle Gegenstände zur Müllverbrennung an die „Müll“ zu überlassen, und zwar, wie man sagt, zu einem Preise von 230.000 Mk. Aber die Gesellschaft hat dies nicht einmal zu bezahlen, sondern braucht nur auf den Kaufpreis 25 Prozent anzahlen und den Rest mit 6 Prozent jährlich zinsen, wobei die Stadt doch mindestens 9 bis 10 Prozent Zinsen für ihre benötigten Kredite zahlen muß. Also wird der Gesellschaft von vornherein ein großes Geschenk im Zinsfuß gemacht. Außerdem sind auch gar keine Sicherungen in dem Vertrag vorhanden, in welchem Zustande das Werk einmal an die Stadt wieder zurückfällt. Die Gesellschaft kann vollständig abgewirtschaftet die Anstalt der Stadt zurückgeben, so daß nur noch ein Haufen von Trümmern und Altisen vorhanden ist. Und was wird der Stadt hierfür geboten? Sie soll an dem Reingewinn mit fünfzig Prozent partizipieren. Wer die Geschäftstätigkeit der privatkapitalistischen Gesellschaft kennt, weiß, daß sie in der Lage ist, trotz glänzender Einnahmen überhaupt keine Reingewinne nachzuweisen, so daß die Stadt wohl auf viele Jahre vollständig leer ausgehen wird. Die drei geforderten Aufsichtsratsmitglieder werden hieran wenig oder gar nichts ändern können und so scheint sich die Annahme zu bestätigen, daß man dieses lächerliche Werk nur deshalb einem privaten Unternehmen überlassen, um einem der deutschnationalen Partei nabeflebenden abgekauften Stadtrat eine sichere Existenz zu schaffen. Nach langer Debatte gelangte der Vertrag gegen die Stimmen unserer Genossen zur Annahme. Für die Kommunisten hat diese Tagesordnung kein besonderes Interesse, sie glänzen mit Abwesenheit.

Gefinnungstüchtige Kommunisten und Demokraten

In der „Neuen Gemeinde“ lesen wir: Mitte November beschloß die Landverordneten von Bergedorf, die Bebestraße in Bismarckstraße und die Rathenaufstraße in Blücherstraße umbenennen. Die Sozialdemokraten, die keine absolute Mehrheit mehr in der Stadtvertretung haben, wurden überstimmt, da sich die Kommunisten der Stimme enthielten. Ein Sammer, das sogar die Demokraten für den Beschluß stimmten.

Man fragt sich wirklich, bemerkt dazu die „Welt am Montag“, welcher Partei in diesem Falle die Palme gebührt: den Kommunisten, die die Grenzänderung Bedels zugunsten Bismarcks durch ihre Stimmhaltung ermöglichten, oder den Demokraten, die ihren ermordeten Parteigenossen Rathenau dem alten Bismarcker Blücher opferten.

Bei der Umbenennung Rathenaus haben sowohl die Kommunisten wie auch die Demokraten in öffentlichen Demonstrationen gegen die Neugeltung Rathenaus protestiert. Die Abstimmung zeigt wiederum die Gesinnung dieser Parteien. Noch vor den Wahlen haben sich die Kommunisten auf den großen Bebel berufen und hier bieten sie die Hand dazu, daß der Name dieses Tribunen, dem die deutsche Arbeiterklasse so unendlich viel verdankt, einfach, weil er in den Augen der Gegner der modernen Arbeiterbewegung mit Recht immer noch der Erwecker der deutschen Arbeiterklasse ist, in der Erinnerung gestrichen wird. Höher kann dieser blöde geistig arm-selbste Jammerismus gegen die Sozialdemokratie nicht geben. — Es ist aber die wahre Gesinnung dieser Leute.

Genossenschaftsbewegung

Konsumgenossenschaftliche Tagungen im Jahre 1925

Im Jahre 1925 finden folgende ordentliche Tagungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und seiner Konsumvereine statt:

Gemeinschaftliche Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 3. bis 5. Mai in Chemnitz; Verbandstag des Verbandes bayerischer Konsumvereine am 9. und 10. Mai in Reichenhall; Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine am 9. und 10. Mai in Bremen; Verbandstag des Verbandes Thüringer Konsumvereine am 16. und 17. Mai in Ilmenau; Verbandstag des Verbandes württembergischer Konsumvereine am 16. und 17. Mai in Tübingen; Verbandstag des Verbandes mitteldeutscher Konsumvereine am 17. und 18. Mai in Bad Salzungen; Verbandstag des Verbandes sächsischer Konsumvereine am 17. und 18. Mai in Leipzig; Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine am 20. und 21. Mai in Spremberg; Verbandstag des Verbandes der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen am 20. und 21. Mai in Aachen; Verbandstag des Verbandes schlesischer Konsumvereine am 20. und 21. Mai in Bunzlau; Verbandstag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine am 21. und 22. Mai in Kempten; Gemeinschaftliche Versammlung des Vorstandes, des Ausschusses und des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 14. und 15. Juni in Stettin; 22. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 15., 16. und 17. Juni in Stettin; 13. ordentliche Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. am 18. Juni in Stettin; 13. ordentliche Generalversammlung der Verlags-gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. am 18. Juni in Stettin.

Gewerkschaftliches

Der Gewerkschaftsfunktionär

Das Wiederaufleben der Gewerkschaften nach der Inflationszeit auch den „kleinen“ Gewerkschaftsfunktionär, dem Vertrauensmann, die Aufgaben in verstärktem Maße zu, die er bisher in den Gewerkschaften hatte. Wie in der Partei, so ist auch in den Gewerkschaften der Vertrauensmann nicht nur das Bindeglied zwischen Führerschaft und Mitgliedermasse, sondern der Grundstock, die Zelle jeder Verbandstätigkeit schlechthin. Bei der Agitationsarbeit geht wohl die Initiative von der Organisationsleitung aus, die das Material liefert; die Verwertung der Anregungen, die Ummantelung der Anweisungen in die Gebrauchsförmigkeit ist Sache des Vertrauensmannes. Nicht immer ist der beste Agitator bei der Mitgliederwerbung, der in der Versammlung die geläufigste Rede hält. Der stille, unscheinbare, aber innenwärtige Vertrauensmann ist Flugführer und Säemann zugleich. In der Werkstatt, im Bureau, auf dem Bau und im Geschäft steht er in intimster persönlicher Verbindung mit den Anorganisierten wie auch mit „seinen“ Mitgliedern. Im kollegial-familiären Gespräch mit dem Nachbarn macht er diese auf die Vorteile der Organisationszugehörigkeit aufmerksam. Zäh und unerbittlich widerlegt er die Einwände der Zweifler; mit Ausdauer und Selbstverständlichkeit verrichtet er die kleinen Verwaltungsarbeiten für die Organisierten. Er ist der erklärte Vertreter der Arbeitgenossen; im Kleinbetrieb ist er der alleinige Vertreter bei allen Verhandlungen mit dem Chef, im Mittel- und Großbetrieb stellt er den Repräsentanten des Verbandes in der Vertretung dar.

Der Vertrauensmann hat nicht nur das Vertrauen seiner Kollegen, sondern auch der Geschäftsleitung des Verbandes. Ihm ist die Organisationszugehörigkeit und das Wirken für die Organisation zur zweiten Natur geworden. Weder Verfolgung noch wirtschaftliche Benachteiligung durch Vorgesetzte und Unternehmer schreckt ihn ab. Er wechelt die Arbeitsstelle und ist wieder Funktionär. Im neuen Beruf, in der fremden Stadt und der neuen Heimat arbeitet er wieder für die Organisation. Zeit, Geld, Familienleben opfert der Vertrauensmann für die „geringen“ Arbeiten im Verband. Ohne Hoffnung auf Dank und Anerkennung ist er der Besessene seiner Korporation, der es in den seltensten Fällen zum Unteroffizier oder noch höher Chargierten bringt.

Einfach, selbstlos und bescheiden, doch voll Energie und Tatkraft da, wo Unbestand oder brutale Unterdrückung den Grund für das Organisationsgebäude zerstören will, waltet der Vertrauensmann seines Amtes. Unbekannt schafft er bisher sein groß Teil am stolzen Bau der Gewerkschaften; so wird der Vertrauensmann auch in Zukunft seine Arbeit leisten: ein Pionier der Arbeit und ihrer endlichen Befreiung von den Fesseln der Ausbeutung.

Aus der Tabakindustrie

Am 29. Dezember hat der vom Reichsarbeitsministerin bestellte Schlichter in der Kohlenindustrie der Zigarrenindustrie einen Schlichterbescheid gefällt, wonach alle Tariflöhne ab 1. Januar um 10 Prozent erhöht werden sollen. Beide Parteien haben sich bis zum 10. Januar zu erklären, ob der Schlichterbescheid angenommen wird.

Da die erzielten Löhne in der Zigarrenindustrie, trotz meistens emtiger Akkordarbeit, sehr gering sind, werden hoffentlich die Herren Zigarrenfabrikanten dem Schlichterbescheid ihre Zustimmung nicht verweigern. Der Schlichterbescheid bedeutet nur eine geringe Verbesserung der Löhne, die keineswegs eine besondere Belastung der Industrie bedeutet. Nach sachmännischer Berechnung beträgt die Belastung der Einzelzigarre in den Kleinverkaufspreislagen bis zu 30 Pfg. bis 1/2 Pfg. Wegen dieser „ungeheuren“ Belastung wird sicherlich eine Konsumeinschränkung nicht zu befürchten sein, wie es bei jeder Lohnforderung von Unternehmerseite behauptet wurde. Für die Zigarrenarbeiter wird gut sein, ihre Organisation zu führen, denn Ende Februar laufen die Tarife ab. Denn nur durch eine kräftige Organisation wird es möglich sein, einen neuen, den Verhältnissen angepaßten kollektiven Arbeitsvertrag (Tarif) durchzusetzen.

füge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, so müssen wir unbedingt Erfolg haben. Amerika ist uns hier schon wieder voraus. Das Gute wissen wir aber dort nehmen, wo wir es bekommen können. In den amerikanischen Tageszeitungen findet sich folgende Annonce:

Verlangt die Jahresarbeit im Malergewerbe!
Helft den Malern in eurem Interesse!

Jetzt ist die beste Zeit für Malerarbeiten im Innern der Wohnungen und Häuser — besser als im Frühjahr —. Zu viele Leute wollen im Frühjahr und Sommer die Malerarbeiten ausgeführt haben, und dann gibt es nicht genug Maler. Sie wissen, was dann eintritt. Sie stehen und warten vergebens auf schnelle Ausbesserung. Sie zahlen Spitzpreise, weil sie verstärkte Nachfrage besahnen müssen. Es ist das alte Lied von Angebot und Nachfrage.

Und vergessen Sie dieses eine nicht: Nicht einer von hundert Malermeistern kann seine Leute in der Zeit von höchster Beschäftigung zusammenhalten, er muß sie entlassen. Wenn das Geschäft wieder anhebt, ist er kaum imstande, sie alle wieder zusammenzubringen.

Hier ist der Punkt, wo der Kunde helfen kann, die schlechte Jahreszeit im Malergewerbe zu überwinden. Lassen Sie Ihre Malerarbeiten jetzt machen, noch diesen Winter. November, Dezember, Januar, Februar sind die besten Monate des Jahres für innere Malerarbeiten. Ich habe dann mehr Zeit, ich kann Sie schneller bedienen als im Frühjahr und ich kann Ihrem Auftrag die größte persönliche Aufmerksamkeit widmen.

Etwas anderes noch. Im Winter sind Ihre Räume geräucherter. Feuerschein und Farbe trocken immer besser in geschlossenen Räumen, dies verkürzt die Arbeit um viele Stunden und erspart Ihnen Geld und Unannehmlichkeiten. Uebrigens kostet jede Malerarbeit, die nicht ausgeführt wird, mehr, als wenn sie gleich ausgeführt wird.

Wenn Sie also bei Ihren Malerarbeiten Geld sparen wollen, so lassen Sie sie sofort ausführen. Sehen Sie Ihre Fußböden, Ihre Wände, Ihre Decken und Ihr Holzwerk an, und dann rufen Sie mich an.
Ihr Malermeister.

Ueber diese Anzeige, die ganz unverständlich ohne Namensnennung von der Meisterorganisation der Maler eingeleitet wird, finden sich außerdem noch ein Aufzählung der Gewerkschaft der Maler zur Unterbreitung der Aktion.

Was hier Herr Malermeister Lacroix vorbringt, ist auch für manche andere Berufe im Baugewerbe zutreffend. Manche Arbeit könnte während der Winterzeit ausgeführt werden und viele Arbeitskräfte müßten nicht brach liegen, sodaß auch die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden könnte.

Arbeiterwohlfahrt. Am kommenden Dienstag beginnen wieder die Röhrende der Arbeiterwohlfahrt. Den Hausfrauen ist hier Gelegenheit geboten, in allen vorkommenden Näharbeiten unterrichtet zu werden. Den bedürftigen Frauen wird der Stoff zur Handarbeit gegeben. Wir richten an die besserhabenden Kreise die Bitte, ihre getragenen Mäntel, Kleidungsstücke und Ständerhaken, auch Schuhe, der Wohlfahrt für die bedürftige Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Auf Wunsch werden die Sachen abgeholt, oder können jenseits Dienstags und Freitags abends in der Peterstraße Nr. 10 abgegeben werden. Telefon d. L. 2000.

(.) Eine Reichs-Gedächtnisfeier veranfaßt auch in diesem Jahre die Badische Regierung. Die Feier findet am Sonntag, 18. Januar, mittags 12 1/2 Uhr, in der Städtischen Festhalle in Karlsruhe statt. Ueber die Art der Veranstaltung wird näheres noch bekannt gegeben.

Der Verband der Staatspolizeibeamten Badens, Ost- und Preussens zu einer Weihnachtsfeier in den großen Saal des „Kühnen Wegs“ eingeladen, welcher Einleitung sehr zahlreich geliebt wurde. Unter den Gästen befanden sich u. a. Minister Kemmel, Oberregierungsrat Dr. Raab vom Innenministerium, Oberst Lankeuhorn, Oberst Seneca, Polizeidirektor Hauer, Kommandant Schabbe, Kommando Steiger und eine Anzahl weiterer Beamte des Bezirksamtes und der Polizei. Die Mitglieder der Polizei waren, soweit sie dienstfrei hatten, in sehr großer Zahl mit ihren Angehörigen erschienen. Sie alle wurden von dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Polizeikommissar Duhles, herzlich begrüßt; Herr Duhles betonte, daß auch der Polizeibeamte das Recht habe, nach seinem anstrengenden Dienst einmal einige Stunden der Geselligkeit und der gemüthlichen Unterhaltung sich hinzugeben. Auch wies Herr Duhles auf das gute Verhältnis, das in Karlsruhe zwischen der Bürgerwehr und der Polizei herrscht, hin. Der Abend brachte ein unterhaltendes Programm, das viele Abwechslung enthielt und von nur guten Kräften begleitet wurde. Die Vereinerung v. d. Polizeimusee zeigte unter Herrn Duhles Leitung wieder ihr von uns schon oft gerühmtes Können; was diese Kapelle bringt, ist gut vorbereitet und kommt deshalb mit peinlicher Sauberkeit zum Vortrage. Der Wannechor der Karlsruhe'igen Polizeibeamten ist eine noch junge Gründung, aber Herr Fajfel, der Dirigent, hat schon gute Arbeit geleistet, der Chor bestand in Ehren, was er lang war mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit einstudiert. Die Herrn Fajfel am Abend zuteil gewordene Ehre war wohl verdient. Auch die Sportabteilung der Ortsgruppe leistete im Wettkampfwesen und Braumdenken Beachtliches. Daß die Polizeibeamten trotz ihres anstrengenden und oft ermüdenden Dienstes dennoch Zeit finden, im Sport sich zu betheiligen, ist aller Achtung und Anerkennung wert. Die episch und gemüthlich ausgeführten Leistungen fanden verdienten Beifall. Fräulein Aker hat eine schöne Stimme, die nur ein wenig weiterer Ausbildung bedarf; wir glauben, daß sie sich mit den drei Kindern, die sie sang, eine gute schwere Aufgabe gestellt hatte. Frisch und flott zeigten zwei junge Rauschlerinnen vom Ballett des Landestheaters, Fräulein Scaes und Buchwald, daß sie in einer guten Schule ihre Kunst erlernen; die zwei vorgeführten Tänze waren ausgezeichnete Leistungen. — Eine Gedenkerlesung brachte viele und schöne Geschenke und Ueberraschungen. Mit einem Tanze, bei dem die Polizeimusee unermüdblich aufspielten, fand die bestens gelungene Feier ihren Abschluß.

(.) Silvesterkonzert. Einen würdigen Jahresabschluss beging der Volkschor Karlsruhe. West durch die Darbietung eines Silvesterkonzertes auf zwei Plätzen des Stadttheaters Mühlburg. Ein Hornquartett der Reichsbannerkapelle gab durch den Vortrag einiger besterhaltener Musikstücke der Veranstaltung eine weisevolle Stimmung. Männerchöre, wie „Symphonie an die Nacht“, „Schutzgeist“, „Wanderer's Nachgeliebte“ und das Lohmannsche „Ich warie Dein“ langten hin aus in die gutaussehendere Nacht und fanden ungeteilten Beifall der zahlreich erschienenen Bevölkerung. Möge das neue Jahr der Arbeiterbewegung neue begeisterte Anhänger zuführen, denn ihr gehört die Zukunft trotzdem und allem. epha.

(.) Generalversammlung des Vereins der Kleingartenpächter — Gruppe Durlacher Allee. Vor kurzem fand die diesjährige Generalversammlung des Vereins der Kleingartenpächter, Gruppe Durlacher Allee statt. Nach Bekanntgabe des Geschäfts- und Kasienberichts wurde satzungsgemäß zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten. Anstelle des bisherigen 1. Vorsitzenden Herrn Geitz wurde Herr Pol. Kom. Müller als 1. Vorsitzender, Herr Geitz, der sein bisheriges Amt aus

Gesundheitsrückfällen abgab, wurde zum 2. Vorsitzenden gewählt. Bei Behandlung der Mitgliedsfrage wurde jeder fest gestellt, daß die Stadterweiterung der bisherigen Kleingarten erhöht hat. Die weiter einziehende Aussprache ergab verschiedene Mängel und Wünsche; Mängel, die wiederholt gegen die Kleingartenordnung verstoßen, wird auf einstimmigen Wunsch der Generalversammlung der Kleingarten mit sofortiger Wirkung entzogen werden. Für die von der Stadterweiterung vorgehenden Dauerarbeiten besteht rege Nachfrage, unsere Stadtbücher entsprechen einem lange gehegten Wunsch, wenn sich die Anlage der Dauerarbeiten bald verwirklichen läßt. Nach Abstimmung des Dankes an den bisherigen 1. Vorsitzenden Herrn Geitz für die im Interesse des Vereins geleistete Arbeit, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

(.) An der Technischen Hochschule hat sich Herr Regierungsrat Dr. Friedrich Meiß mit der Arbeit „Die ländlichen Siedlungen Badens nach ihrer Lage, Gestalt und ihrem wirtschaftlichen Charakter“ für das Fach „Geographie“ habilitiert.

(.) Stenographen-Verein Stolze-Schrey Karlsruhe. Wichtiger als je ist in unserer heutigen schnelllebigen Zeit die Kenntnis der Stenographie. Jedermann muß es beherrschen. Die beste Gelegenheit zur Erlernung der Kurzschrift (Reichs-Kurzschrift mit Stolze-Schrey) bietet der Stenographen-Verein Stolze-Schrey Karlsruhe, der am Freitag, 9. Januar, abends 8 Uhr, im Schulhaus der Gartenstraße (Eingang Karlsruher) unter bewährter Leitung Kurse für Anfänger, Fortgeschrittene und Redeführer eröffnet. Mäßiges Honorar. Anmeldung am Eröffnungsabend. (Siehe auch die Anzeige in der heutigen Nummer unserer Zeitung.)

Veranstaltungen

Colosseum. Heute abend 8 Uhr Variete-Vorstellung.

Wiederabend Trude Henkel. Heute Montag, 5. Januar 1925, abends 8 Uhr, findet im Eintrachtssaal der Wiederabend von Frau Trude Henkel statt. Es werden Lieder von Schubert, Schumann, Brahms, Hugo Wolf und Richard Strauß zum Vortrag gebracht. Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, und ab 1/2 8 Uhr an der Abendkasse erhältlich.

Mit dem 3. 2. 1000 auf den Mars lautet die Parole am 10. Januar 1925, die der Verein für das diesjährige Strandfest ausgegeben hat. Das 3. 2. 1000 führt die Alemannen und ihre Gäste nach den Gefilden des Mars, wo die Marsbewohner die Gäste vom Nachbarplaneten „Erde“ herzlich willkommen werden. Nach den Zeremonien veranstalten die Marsbewohner für alle mit dem 3. 2. 1000 gekommenen Gäste ein großes Strandfest an einem der berühmten Marsstrände. Daß dort auch schon die modernen Einrichtungen eines weltstädtischen Festsaales bekannt sind, werden die Besucher des Strandfestes inne werden. Wer also das große Ereignis der „Juppelinsahrt auf den Mars“ mitmachen will, besuche das diesjährige Alemannen-Strandfest.

Aus den Vororten

Häppert. Nächsten Donnerstag, 8. Januar, abends pünktlich um 8 Uhr, findet im „Fähringer Wöden“ Parteiverammlung statt. Genosse Professor Wilhelm spricht über „Friedrich Hegel als Philosoph des Ausbeutertums“. Außerdem soll noch über Vererbegeschäftnisse nach unserem Vorort gesprochen werden. Um zahlreiches und pünktliches Besuch wird gebeten.

Karlsruher Polizeibericht vom 3. Januar

Familien drama. Der verheiratete 30 Jahre alte Goldschmied Hermann K. d., Friedstraße 7 in Leuzhanen u. u., bekam am Sonntag nachmittags 1 Uhr Besuch mit seiner Frau, in dessen Verlauf die Frau nach dem Hofe flüchtete. Dort drängte er die Frau in den offenen Abort und bedrohte sie mit einem Revolver. Auf ihre Hilferufe eilten ihre im gleichen Hause wohnenden Eltern sowie ihr Bruder herbei. Sie bat diese, ihrem Mann die Revolver abzunehmen, worauf K. alsbald 3 Schüsse abgab. Durch eine Kugel verletzten er seine Schwiegermutter am Unterleib so schwer, daß sie kurz darauf starb, die zweite Kugel traf den Schwiegersohn in den Mund und verletzte auch ihn ebenfalls schwer. Die dritte Kugel traf den Schwager in die linke Schulter. Trotz seiner Verletzung konnte letzterer dem Kopf der Revolver noch abnehmen, worauf dieser die Polizei ergriff. Auf der Flucht brachte er sich Schmitze am linken Unterarm bei und verletzte sich die Brust. In der Nähe des Schäferhauses wo er infolge Blutverlustes bewußtlos zusammenbrach, wurde er von Passanten angehalten. Sämtliche Verletzte wurden nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Todesfall in der Eisenbahn. In vergangener Nacht zwischen 11 30 und 11 50 Uhr fuhr während der Fahrt im Elzweg Bruchsal-Karlsruhe das 7 Monate alte Kind eines Bauers aus Forchheim-Gausbach. Das Kind wurde nach dem Verleihen des höchsten Hauptbahnhofs und von da in das Herzstimmer des Hauptbahnhofs verbracht.

Selbstmordversuch. Ein 25 Jahre alter lediger Kaufmann von hier, der wegen Ermordung in Untersuchungshaft befindet, versuchte sich am vergangenen Samstag nachmittags 2 Uhr im Schöpfungsbauwerk hier mit einer Karamentoparantille die Pulsader an der linken Hand zu öffnen. Es gelang ihm aber nicht, er konnte sich nur eine fast blutende Wunde beibringen. Die Verwundung wurde verarztet und der Verletzte wieder in Untersuchungshaft abgeführt.

Unfall. Vergangenen Samstag nachmittags fiel ein 36 Jahre alter Kaufmann von hier in der Herdstraße, infolge eines Schwindelanfalls von seinem Fahrrad und blieb bewußtlos liegen. Er wurde nach der Polizeiwache in Mühlburg verbracht und dort da mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus überführt. Dort wurden Querschnungen an der Brust festgestellt. Lebensgefahr besteht nicht.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
für Dienstag, 6. Jan.: Meist trüb, zeitweise Regen, südwestliche Winde.

Wasserstand des Rheins
Schutterloof 28, gef. 2; Rehl 144, gef. 2; Waxau 312, gef. 2; Mannheim 197 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Die Lage in Italien bedenklich
Mussolini verteidigt den Faschismus

Rom, 3. Jan. Die heutige Rede Mussolinis in der Kammer wird in politischen Kreisen in rednerischer Hinsicht für eine der besten des Ministerspräsidenten gehalten. Zuerst vertheidigte sich Mussolini gegenüber denselben Anschuldigungen, als habe er die Gewalttätigkeiten gegen Ambruso, Milani und Formi angeordnet und ging alsdann zum Angriff gegen die Opposition über, der er vorwar, die Hand zum Frieden ausgehalten zu haben. Er machte die Opposition für die Unruhe im Lande

verantwortlich, der bisher schon eine Reihe Faschisten zum Dofen gefallen seien. Der Hinweis auf „falsche Freunde“, die er in der letzten Zeit durchgehau habe, werde in Kammerkreisen auf Salandra abgedeutet. Besonderen Eindruck machte es, als Mussolini mit Energie betonte, daß er Wege zur Verfügung habe, um der Opposition ein Ende zu machen und daß innerhalb 48 Stunden die Lage, sei es in Gutes oder sei es mit Gewalt, geklärt werden würde. Die Giolittianer, Orlandianer und Kriegsteilnehmer brachten eine Tagesordnung ein, welche die Gewalttätigkeiten gegen die Presse und die Ungeheuerlichkeiten im Lande tadelte; aber sie konnte nicht erörtert werden, weil Mussolini ihre Vertagung auf sechs Monate beantragte, was eine Mehrheit sofort annahm. Alsdann wurde die Vertagung der Kammer auf unbestimmte Zeit von derselben Mehrheit angenommen und die Sitzung aufgehoben, sodaß die Opposition nicht einmal zu Wort kommen konnte. Nur der italienische Fürst Rana di Traviglia durfte als erster Unterzeichner der Tagesordnung der Opposition ganz kurz sein Bedauern darüber aussprechen, daß sie besetzt geschloßen worden sei. Daraufhin zog die Opposition ihre Tagesordnung wieder zurück.

Rom, 3. Jan. (Stefani.) Sofort nach Schluß der Kammer versammelten sich bei Mussolini der Minister des Innern, der Verkehrsminister, der Generalkommandant der Carabinieri und der Chef der Sicherheitspolizei. Es wurden Maßnahmen gegen etwaige Versuche zur Störung der öffentlichen Ordnung beschlossen. In der gestrigen Rede wurde außerdem beschlossen, die faschistische Giftdose nach Italien zu mobilisieren und die Wahlfreien und Wahlfunktionen bewachen zu lassen. Alle politischen anstehenden Salare sollen geschloßen werden. Die Faschisten sollen Vollmacht erhalten, die Nationalmiliz zu mobilisieren.

Rom, 5. Jan. Nach der gestrigen Kammer Sitzung versammelten sich dem Wakt „Nuovo Paese“ zufolge die Rechtsliberalen, um über die Lage zu beraten. Salandra mit 9 Kollegen erklärte sich gegen die Regierung, während 6 Abgeordnete eine andere Auffassung vertreten hielten. Es sei beschlossen worden, den rechtsliberalen Abgeordneten völlig freie Hand in der Kammer zu lassen.

Neue faschistische Gewalttaten

Rom, 3. Jan. In Viterbo drangen Faschisten nach einer Versammlung in die Redaktion des „Messaggero Toscano“, Organ der katholischen Volkspartei ein und zerstörten die Redaktions- und die Maschinenräume. — Das Direktorium der nationalen faschistischen Partei gibt in einer Erklärung den entschiedenen Willen des Faschismus von ganz Italien kund, die italienische Nation von der politischen und parlamentarischen Zweideutigkeit zu befreien und unter allen Umständen zu verhindern, daß die Opposition den Sieg davontragen könnte. Zum Schluß ermahnt das Direktorium die Regierung, sich unnachgiebig zu zeigen.

Die Darmataffäre

Berlin, 5. Jan. (Eigener Funddienst.) Die Verhaftungen der Staatsanwaltschaft in der Darmataffäre sind inzwischen zu einem großen Teil wieder rückgängig gemacht worden. Die Deutsche Volkspartei hat über den Fall der preussischen Staatsbank eine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet, in der es u. a. heißt: „1. Ist die Staatsregierung bereit, über den Tatbestand, der von der Öffentlichkeit beanstandeten Geschäftsverbindungen Aufklärung zu geben? 2. Ist die Staatsregierung bereit, über die Behauptung, daß diese disziplinarisch und strafrechtlich zu ahnenden Verfehlungen von Beamten und Angestellten des Instituts begangen worden sind, Aufklärung zu geben?“

Seltige Winterstürme

Hamburg, 3. Jan. In Nordwestdeutschland wütheten die ganze Nacht heftige Stürme, die gegen 2 Uhr nachts die größte Stärke erreichten. Zu dieser Zeit gingen Winde in Geschwindigkeit von 28 Sekundenmeter über Hamburg hinweg. Nach Mitteilung der Deutschen Seewarte ist eine wesentliche Änderung des Wetter noch nicht zu erwarten, da ein neues Tief über den Ocean zieht, das bereits die mittlere Küste erreicht. Gegen 4. Jan. Der Sturm, der seit Neujahr hier tobt, hält mit unerbittlicher Heftigkeit an und steigert sich nach und nach zu großer Stärke. Der Regen setzt nur vorübergehend aus und die Temperatur ist dauernd außerordentlich milde; sie betrug heute 10 Grad Wärme. Durch den Sturm wurden mehrfach bedeutende Schäden verursacht, auch die Flüsse ununterbrochen im Steigen. Rufe und Wupper führen Hochwasser. Sie überschwemmen bereits weite Strecken.

London, 3. Jan. Den Wittern zufolge wurde in ganz England durch den anhaltenden Sturm und die riesigen Regengüsse ungeheurer Schaden angerichtet. Weite Strecken des Landes stehen unter Wasser. Zahlreiche Familien sind in ihren Häusern durch die Fluten abgeschnitten. Fünf Personen sind ums Leben gekommen. In verschiedenen Stellen mußte der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr eingestellt werden. In Süd-Wales sind Tausende von Bergarbeitern erwerbslos geworden.

Moskau, 5. Jan. Gestern abend trat die Neuaus ihren Ufern. Ein andauernder Südweststurm legte ungeheure Wassermengen der Neua, die bereits 7 1/2 Meter über den normalen Stand getrieben war, in einige Stadielle von Petersburg. Die verbotenen Waren wurden aus dem Hafen und aus den Häfen fortgeschafft.

Vom Schwarzwald, 3. Jan. Seit gestern früh tobt im hohen Schwarzwald ein heftiger Schneesturm, der in den Nachmittagsstunden in verstärkter Weise auftrat. Hierdurch wurde in den Hochwäldungen verschiedentlich großer Schaden angerichtet. Der nur in geringen Mengen vorhandene Neuschnee kam infolge der wachsenden Luftmassen in den Lagen unter 1000 Meter rasch zum Schmelzen.

Antimonarchische Stimmung in Aegypten

London, 3. Jan. (Eig. Draht.) Die bevorstehenden Wahlen in Aegypten haben erhebliche Teile der Partei Saad Zaghloul sehr radikalisiert. Die Mehrheit ist wegen der nachgelassenen Haltung der Krone im britisch-ägyptischen Konflikt antimonarchistisch gestimmt. Die Partei hofft bestimmt, durch die Wahlen im Februar mit einer riesigen Mehrheit ins Parlament zurückzukehren. In diesem Falle ist damit zu rechnen, daß das Parlament verurteilt, den König Fuat abzusetzen. In den Kreisen der britischen Regierung nimmt man an, daß der König gegen solche Pläne aktiv Widerstand leisten wird. Im Falle irgendwelcher Kämpfe würde die britische Regierung nicht passiver Zuschauer bleiben.

Vereinsanzeiger Bei 5 u. mehr Zeilen 20 Wk. die Zeile (Bergungslagenanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Besten des Vereins verwendet)

Karlsruhe
Saftalla. Morgen abend 8 Uhr Singstunde. Vollständigste Ereignisse unbedingt erforderlich. 541

